

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

#### I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1499/2002 des Rates vom 20. Juni 2002 über die Ausfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse aus Rumänien in die Gemeinschaft im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2002 (System der doppelten Kontrolle) .....** 1
- Verordnung (EG) Nr. 1500/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise .....
 14- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1501/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2848/98 hinsichtlich der Vorschriften betreffend die Durchführungsbestimmungen zum Quotenrückkaufprogramm im Rohtabaksektor .....** 16
- Verordnung (EG) Nr. 1502/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersektor 17
- Verordnung (EG) Nr. 1503/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand ..... 19
- Verordnung (EG) Nr. 1504/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauer-ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1331/2002 durchgeführte dritte Teilausschreibung .....
 21- Verordnung (EG) Nr. 1505/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der geltenden Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Getreide- und Reiserzeugnisse in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren .....
 22- Verordnung (EG) Nr. 1506/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen .....
 26- Verordnung (EG) Nr. 1507/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung .....
 28

Verordnung (EG) Nr. 1508/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse .....	30
Verordnung (EG) Nr. 1509/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreidemischfuttermittel .....	33
Verordnung (EG) Nr. 1510/2002 der Kommission vom 22. August 2002 bezüglich der im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 901/2002 eingereichten Angebote für die Ausfuhr von Gerste .....	35
Verordnung (EG) Nr. 1511/2002 der Kommission vom 22. August 2002 bezüglich der im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 900/2002 eingereichten Angebote für die Ausfuhr von Roggen .....	36
Verordnung (EG) Nr. 1512/2002 der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von Weichweizen im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 899/2002 .....	37

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

**Rat**

2002/665/EG:

- ★ **Beschluss Nr. 3/2002 des Assoziationsrates EU-Rumänien vom 21. Juni 2002 über die Ausfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse aus Rumänien in die Gemeinschaft im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2002 (System der doppelten Kontrolle) ....** 38

**Kommission**

2002/666/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 19. August 2002 zur Festlegung der vorläufigen hektarbezogenen Mittelzuweisungen an die Mitgliedstaaten für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen im Wirtschaftsjahr 2002/03 nach der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2002) 3110) .....** 49

2002/667/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 13. August 2002 zur Änderung der Entscheidung 2001/651/EG zur Festlegung der für den Herstellungsvorgang typischen Standardabweichung des Fettgehalts von Butter, die gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1374/98 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Milch und Milcherzeugnisse und zur Eröffnung der betreffenden Zollkontingente aus Neuseeland eingeführt wird, und zur Aufhebung der Entscheidung 2000/432/EG (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2002) 3157) .....** 51

## I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1499/2002 DES RATES****vom 20. Juni 2002****über die Ausfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse aus Rumänien in die Gemeinschaft im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2002 (System der doppelten Kontrolle)**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 133,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 1. Februar 1995 trat das Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits in Kraft <sup>(1)</sup>.
- (2) Die Vertragsparteien führten mit dem Beschluss Nr. 3/2002 des Assoziationsrates EU-Rumänien <sup>(2)</sup> das System der doppelten Kontrolle für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2002 wieder ein —

zuständigen rumänischen Behörden erforderlich. Der Einführer hat das Original des Ausfuhrdokuments bis spätestens 31. März des Jahres vorzulegen, das auf das Jahr folgt, in dem die unter dieses Dokument fallenden Erzeugnisse versandt wurden.

(5) Als Versanddatum gilt das Datum, an dem die Ware in das Beförderungsmittel zur Ausfuhr verladen wird.

(6) Das Ausfuhrdokument entspricht dem Muster in Anhang III. Es gilt für die Ausfuhren in das gesamte Zollgebiet der Gemeinschaft.

(7) Die Waren, die vor dem 1. Juli 2002 versandt werden, sind von der Anwendung dieser Verordnung ausgenommen.

*Artikel 2*

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

(1) In dem Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2002 ist nach Maßgabe des Beschlusses Nr. 3/2002 des Assoziationsrates für die Einfuhr bestimmter in Anhang I aufgeführter Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Rumänien in die Gemeinschaft die Vorlage eines von den Behörden der Gemeinschaft ausgestellten Einfuhrdokuments erforderlich.

(2) Das Einfuhrdokument wird auf einem dem Überwachungsdokument gemäß dem Muster in Anhang II entsprechenden Formblatt ausgefüllt.

(3) Die Einreihung der unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse erfolgt nach der zolltariflichen und statistischen Nomenklatur der Gemeinschaft (nachstehend „Kombinierte Nomenklatur“ genannt oder „KN“ abgekürzt). Der Ursprung der unter diese Verordnung fallenden Erzeugnisse wird nach Maßgabe der in der Gemeinschaft geltenden Regeln bestimmt.

(4) In dem in Absatz 1 festgelegten Zeitraum ist für die Einfuhr der Erzeugnisse des Anhangs I in die Gemeinschaft außerdem die Ausstellung eines Ausfuhrdokuments durch die

(1) Das in Artikel 1 Absatz 1 genannte Einfuhrdokument wird von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten ohne weiteres innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags eines Einführers in der Gemeinschaft, unabhängig vom Ort seiner Niederlassung in der Gemeinschaft, kostenlos für alle beantragten Mengen ausgestellt. Sofern nichts anderes nachgewiesen wird, gilt der Antrag spätestens drei Tage nach seiner Abgabe als bei der zuständigen Behörde eingegangen.

(2) Ein Einfuhrdokument, das von einer der in Anhang IV genannten zuständigen einzelstaatlichen Behörden ausgestellt wird, ist überall in der Gemeinschaft gültig.

(3) Der Antrag des Einführers muss folgende Angaben enthalten:

a) Name und vollständige Anschrift des Antragstellers (einschließlich der Telefon- und Faxnummer sowie der von den zuständigen einzelstaatlichen Behörden möglicherweise verwendeten Identifikationsnummer) und die MwSt.-Nummer, falls der Antragsteller mehrwertsteuerpflichtig ist;

b) gegebenenfalls Name und vollständige Anschrift des Anmelders oder des Vertreters des Antragstellers (einschließlich Telefon- und Faxnummer);

c) Name und vollständige Anschrift des Ausführers;

<sup>(1)</sup> ABl. L 357 vom 31.12.1994, S. 2.

<sup>(2)</sup> Siehe Seite 38 dieses Amtsblatts.

- d) genaue Warenbezeichnung(en) mit folgenden Angaben:
- handelsübliche Bezeichnung,
  - KN-Code(s),
  - Ursprungsland,
  - Herkunftsland;
- e) Reingewicht in kg oder, sofern kein Reingewicht angegeben ist, Menge der verwendeten Einheit je Position der Kombinierten Nomenklatur;
- f) cif-Wert frei Gemeinschaftsgrenze in Euro je Position der Kombinierten Nomenklatur;
- g) die Angabe, ob es sich um Waren zweiter Wahl oder um Ausschusswaren handelt<sup>(1)</sup>;
- h) voraussichtlicher Zeitraum und Ort der Zollabfertigung;
- i) die Angabe, ob der Antrag eine Lieferung betrifft, für die bereits früher ein Antrag auf Ausstellung eines Überwachungsdokuments eingereicht wurde;
- j) folgende vom Antragsteller datierte und unterschriebene Erklärung mit der Angabe seines Namens in Großbuchstaben:
- „Der unterzeichnete Antragsteller versichert, diese Angaben wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben und in der Gemeinschaft niedergelassen zu sein.“

Der Einführer muss außerdem eine Kopie des Verkaufs- oder Kaufvertrags, die Pro-forma-Rechnung und/oder in den Fällen, in denen die Ware nicht direkt im Produktionsland erworben wird, eine Erzeugerbescheinigung des produzierenden Stahlunternehmens vorlegen.

- (4) Die Überwachungsdokumente dürfen nur so lange verwendet werden, wie die Vereinbarungen für die Liberalisierung der Einfuhren im Falle der betroffenen Geschäftsvorgänge in Kraft bleiben. Unbeschadet einer möglichen Änderung der geltenden Einfuhrregelung oder der Beschlüsse, die im Rahmen eines Abkommens oder der Kontingentsverwaltung getroffen werden,
- wird die Geltungsdauer des Überwachungsdokuments auf vier Monate festgesetzt;
  - können nicht oder nur teilweise genutzte Überwachungsdokumente für einen gleichen Zeitraum verlängert werden.
- (5) Der Einführer gibt die Überwachungsdokumente nach Ablauf ihrer Geltungsdauer an die ausstellende Behörde zurück.

### Artikel 3

(1) Die Feststellung, dass der Stückpreis, zu dem das Geschäft getätigt wird, den auf dem Überwachungsdokument angegebenen Preis um weniger als 5 % übersteigt, oder dass die Gesamtmenge oder der Gesamtwert der tatsächlich eingeführten Erzeugnisse die Menge oder den Wert auf dem Überwachungsdokument um weniger als 5 % übersteigt, steht der Überführung der betreffenden Waren in den zollrechtlich freien Verkehr nicht entgegen.

(2) Die Anträge auf Ausstellung von Überwachungsdokumenten sowie die Überwachungsdokumente selbst sind vertraulich. Sie sind ausschließlich den zuständigen Verwaltungsbehörden und dem Antragsteller vorbehalten.

### Artikel 4

(1) Innerhalb der ersten zehn Tage eines jeden Monats teilen die Mitgliedstaaten der Kommission Folgendes mit:

- a) die Mengen und Beträge in Euro, für die im Vormonat Überwachungsdokumente ausgestellt wurden;
- b) die Einfuhren im Vormonat des unter Buchstabe a) genannten Monats.

Die Angaben der Mitgliedstaaten sind nach Erzeugnis, KN-Code und Land aufzuschlüsseln.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen alle von ihnen festgestellten Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfälle und gegebenenfalls die Gründe mit, aus denen sie die Erteilung eines Überwachungsdokuments abgelehnt haben.

### Artikel 5

Alle in dieser Verordnung vorgesehenen Mitteilungen sind an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu richten und elektronisch über das zu diesem Zweck eingerichtete integrierte Netz zu übermitteln, sofern nicht aus zwingenden technischen Gründen vorübergehend auf ein anderes Kommunikationsmittel zurückgegriffen werden muss.

### Artikel 6

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Juli 2002.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Madrid am 20. Juni 2002.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

R. DE RATO Y FIGAREDO

<sup>(1)</sup> Nach den in ABl. C 180 vom 11.7.1991, S. 4, genannten Kriterien.

## ANHANG I

## RUMÄNIEN

## Liste der Waren, die der doppelten Kontrolle unterliegen (2002)

7202 11 20	7210 41 10	7216 10 00	7222 11 91
7202 11 80	7210 49 10	7216 21 00	7222 11 99
7202 99 11	7210 50 10	7216 22 00	7222 19 10
7203 90 00	7210 61 10	7216 31 11	7222 19 90
7206 10 00	7210 69 10	7216 31 19	7222 30 10
7206 90 00	7210 70 31	7216 31 91	7222 40 10
7208 10 00	7210 70 39	7216 31 99	7222 40 30
7208 25 00	7210 90 31	7216 32 11	7225 11 00
7208 26 00	7210 90 33	7216 32 19	7225 19 10
7208 27 00	7210 90 38	7216 32 91	7225 19 90
7208 36 00	7211 13 00	7216 32 99	7225 20 20
7208 37 10	7211 14 10	7216 33 10	7225 30 00
7208 37 90	7211 14 90	7216 33 90	7225 40 20
7208 38 10	7211 19 20	7216 40 10	7225 40 50
7208 38 90	7211 19 90	7216 40 90	7225 40 80
7208 39 10	7211 23 10	7216 50 10	7225 50 00
7208 39 90	7211 23 51	7216 50 91	7225 91 10
7208 40 10	7211 29 20	7216 50 99	7225 92 10
7208 40 90	7211 90 11	7216 99 10	7225 99 10
7208 51 10	7212 10 10	7219 11 00	7226 11 10
7208 51 30	7212 10 91	7219 12 10	7226 19 10
7208 51 50	7212 20 11	7219 12 90	7226 19 30
7208 51 91	7212 30 11	7219 13 10	7226 19 30
7208 51 99	7212 40 10	7219 13 90	7226 20 20
7208 52 10	7212 40 91	7219 14 10	7226 91 10
7208 52 91	7212 50 31	7219 14 90	7226 91 90
7208 52 99	7212 50 51	7219 21 10	7226 92 10
7208 53 10	7212 60 11	7219 21 90	7226 93 20
7208 53 90	7212 60 91	7219 22 10	7226 94 20
7208 54 10	7213 10 00	7219 22 90	7226 99 20
7208 54 90	7213 20 00	7219 23 00	7227 10 00
7208 90 10	7213 91 10	7219 24 00	7227 20 00
7209 15 00	7213 91 20	7219 31 00	7227 90 10
7209 16 10	7213 91 41	7219 32 10	7227 90 50
7209 16 90	7213 91 49	7219 32 90	7227 90 95
7209 17 10	7213 91 70	7219 33 10	7228 10 10
7209 17 90	7213 91 90	7219 33 90	7228 10 30
7209 18 10	7213 99 10	7219 34 10	7228 10 30
7209 18 91	7213 99 90	7219 34 90	7228 20 11
7209 18 99	7214 20 00	7219 35 10	7228 20 19
7209 25 00	7214 30 00	7219 35 90	7228 20 30
7209 26 10	7214 91 10	7219 90 10	7228 30 20
7209 26 90	7214 91 90	7220 11 00	7228 30 41
7209 27 10	7214 99 10	7220 12 00	7228 30 49
7209 27 90	7214 99 31	7220 20 10	7228 30 61
7209 28 10	7214 99 39	7220 90 11	7228 30 69
7209 28 90	7214 99 50	7220 90 31	7228 30 70
7209 90 10	7214 99 61	7221 00 10	7228 30 89
7210 11 10	7214 99 69	7221 00 90	7228 60 10
7210 12 11	7214 99 80	7222 11 11	7228 70 10
7210 12 19	7214 99 90	7222 11 19	7228 70 31
7210 20 10	7215 90 10	7222 11 21	7228 80 10
7210 30 10		7222 11 29	7228 80 90
			7301 10 00



EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT — ÜBERWACHUNGSDOKUMENT

Original für den Antragsteller	1	1. <b>Inhaber</b> (Name, vollständige Anschrift, Land und Mehrwertsteuer- nummer)	2. <b>Ausstellungsnummer</b>
			3. <b>Voraussichtlicher Einfuhrort und voraussichtliches Einfuhrdatum</b>
			4. <b>Erteilende zuständige Behörde</b> (Name, Anschrift und Telefonnummer)
		5. <b>Anmelder/Vertreter (gegebenenfalls)</b> (Name und vollständige Anschrift)	6. <b>Ursprungsland</b> (und Nomenklaturcode)
			7. <b>Herkunftsland</b> (und Nomenklaturcode)
			8. <b>Letzter Tag der Gültigkeit</b>
	1	9. <b>Warenbezeichnung</b>	10. <b>KN-Code der Waren und Kategorie</b>
			11. <b>Menge in kg (Reingewicht) oder in weiteren Maßeinheiten</b>
		12. <b>cif-Preis frei Gemeinschaftsgrenze in Euro</b>	
13. <b>Zusätzliche Angaben</b>			
14. <b>Sichtvermerk der zuständigen Behörde</b>			
Datum: .....			
Unterschrift: ..... Stempel:			

15. <b>ABSCHREIBUNG</b> In Teil 1 der Spalte 17 ist die verfügbare, in Teil 2 die abgeschriebene Menge zu vermerken.			
16. <b>Nettomenge</b> (Rohmasse oder andere Maßeinheit mit Angabe der Einheit)		19. <b>Zollpapier</b> (Art und Nr.) <b>oder Teillizenz (Nr.) und Tag der Abschreibung</b>	20. <b>Bezeichnung, Mitgliedstaat, Stempel und Unterschrift der abschreibenden Behörde</b>
17. <b>In Zahlen</b>	18. <b>In Buchstaben nur für die abgeschriebene Menge</b>		
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			

Etwaiiges Zusatzblatt hier fest verbinden.



**EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT — ÜBERWACHUNGSDOKUMENT**

<b>2</b>	<b>Exemplar für die zuständige Behörde</b>	1. <b>Inhaber</b> (Name, vollständige Anschrift, Land und Mehrwertsteuer- nummer)	2. <b>Ausstellungsnummer</b>	
		3. <b>Voraussichtlicher Einfuhrort und voraussichtliches Einfuhrdatum</b>		
		4. <b>Erteilende zuständige Behörde</b> (Name, Anschrift und Telefonnummer)		
	5. <b>Anmelder/Vertreter (gegebenenfalls)</b> (Name und vollständige Anschrift)	6. <b>Ursprungsland</b> (und Nomenklaturcode)		
		7. <b>Herkunftsland</b> (und Nomenklaturcode)		
		8. <b>Letzter Tag der Gültigkeit</b>		
	<b>2</b>	9. <b>Warenbezeichnung</b>		10. <b>KN-Code der Waren und Kategorie</b>
			11. <b>Menge in kg (Reingewicht) oder in weiteren Maßeinheiten</b>	
		12. <b>cif-Preis frei Gemeinschaftsgrenze in Euro</b>		
13. <b>Zusätzliche Angaben</b>				
14. <b>Sichtvermerk der zuständigen Behörde</b>				
<p>Datum: .....</p> <p>Unterschrift: ..... Stempel:</p>				

15. <b>ABSCHREIBUNG</b> In Teil 1 der Spalte 17 ist die verfügbare, in Teil 2 die abgeschriebene Menge zu vermerken.			
16. <b>Nettomenge</b> (Rohmasse oder andere Maßeinheit mit Angabe der Einheit)		19. <b>Zollpapier</b> (Art und Nr.) <b>oder Teillizenz (Nr.) und Tag der Abschreibung</b>	20. <b>Bezeichnung, Mitgliedstaat, Stempel und Unterschrift der abschreibenden Behörde</b>
17. <b>In Zahlen</b>	18. <b>In Buchstaben nur für die abgeschriebene Menge</b>		
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			

Etwaiiges Zusatzblatt hier fest verbinden.

ANHANG III

In Artikel 1 Absatz 6 genanntes Ausfuhrdokument

1. <b>Ausführer</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>ORIGINAL</b>		2. <b>Nr.</b>	
	3. <b>Jahr</b>		4. <b>Erzeugnisgruppe</b>	
5. <b>Empfänger</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>AUSFUHRDOKUMENT</b> (EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse)			
	6. <b>Ursprungsland</b>		7. <b>Bestimmungsland</b>	
8. <b>Ort und Datum des Versands — Beförderungsmittel</b>	9. <b>Zusätzliche Angaben</b>			
10. <b>Warenbeschreibung und Hersteller</b>	11. <b>KN-Code</b>	12. <b>Menge</b> <sup>(1)</sup>	13. <b>fob-Wert</b> <sup>(2)</sup>	
	14. <b>BESTÄTIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE</b>			
15. <b>Zuständige Behörde</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	Ort und Datum: .....			
	(Unterschrift)		(Stempel)	

(<sup>1</sup>) Angabe des Eigengewichts (kg) bzw. der Menge in der angegebenen Maßeinheit, sofern es sich nicht um das Eigengewicht handelt.  
 (<sup>2</sup>) In der Währung des Kaufvertrags.



(<sup>1</sup>) Angabe des Eigengewichts (kg) bzw. der Menge in der angegebenen Maßeinheit, sofern es sich nicht um das Eigengewicht handelt.  
 (<sup>2</sup>) in der Währung des Kaufvertrags.

1. <b>Ausführer</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>KOPIE</b>		2. <b>Nr.</b>	
	3. <b>Jahr</b>		4. <b>Erzeugnisgruppe</b>	
5. <b>Empfänger</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>AUSFUHRDOKUMENT</b> (EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse)			
	6. <b>Ursprungsland</b>		7. <b>Bestimmungsland</b>	
8. <b>Ort und Datum des Versands — Beförderungsmittel</b>	9. <b>Zusätzliche Angaben</b>			
10. <b>Warenbeschreibung und Hersteller</b>	11. <b>KN-Code</b>	12. <b>Menge</b> ( <sup>1</sup> )	13. <b>fob-Wert</b> ( <sup>2</sup> )	
14. <b>BESTÄTIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE</b>				
15. <b>Zuständige Behörde</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	Ort und Datum: .....			
	(Unterschrift)		(Stempel)	

## ANHANG IV

**LISTA DE LAS AUTORIDADES NACIONALES COMPETENTES**  
**LISTE OVER KOMPETENTE NATIONALE MYNDIGHEDER**  
**LISTE DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDEN DER MITGLIEDSTAATEN**  
**ΔΙΕΥΘΥΝΣΕΙΣ ΤΩΝ ΑΡΧΩΝ ΕΚΔΟΣΗΣ ΑΔΕΙΩΝ ΤΩΝ ΚΡΑΤΩΝ ΜΕΛΩΝ**  
**LIST OF THE COMPETENT NATIONAL AUTHORITIES**  
**LISTE DES AUTORITÉS NATIONALES COMPÉTENTES**  
**ELENCO DELLE COMPETENTI AUTORITÀ NAZIONALI**  
**LIJST VAN BEVOEGDE NATIONALE INSTANTIES**  
**LISTA DAS AUTORIDADES NACIONAIS COMPETENTES**  
**LUETTELO TOIMIVALTAISISTA KANSALLISISTA VIRANOMAISISTA**  
**FÖRTECKNING ÖVER BEHÖRIGA NATIONELLA MYNDIGHETER**

## BELGIQUE/BELGIË

Ministère des affaires économiques  
Administration des relations économiques  
Services Licences  
Rue Général Leman 60  
B-1040 Bruxelles  
Télécopieur (32-2) 230 83 22

Ministerie van Economische Zaken  
Bestuur van de Economische Betrekkingen  
Dienst Vergunningen  
Generaal Lemanstraat 60  
B-1040 Brussel  
Fax (32-2) 230 83 22

## DANMARK

Erhvervsfremme Styrelsen  
Erhvervsministeriet  
Vejlssøvej 29  
DK-8600 Silkeborg  
Fax (45) 35 46 64 01

## DEUTSCHLAND

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle  
(BAFA)  
Frankfurter Straße 29-35  
D-65760 Eschborn  
Fax: (49-6196) 942 26

## ΕΛΛΑΔΑ

Υπουργείο Εθνικής Οικονομίας  
Γενική Γραμματεία Διεθνών Σχέσεων  
Διεύθυνση Διεθνών Οικονομικών Ροών  
Κορνάρου 1  
GR-105 63 Αθήνα  
Φαξ: (30-10) 328 60 94

## ESPAÑA

Ministerio de Economía  
Secretaría General de Comercio Exterior  
Paseo de la Castellana, 162  
E-28046 Madrid  
Fax: (34) 915 63 18 23/913 49 38 31

## FRANCE

Service des industries manufacturières  
DIGITIP  
12, rue Villiot, bâtiment Le Bervil  
F-75572 Paris Cedex 12  
Télécopieur (33-1) 53 44 91 81

## IRELAND

Department of Enterprise, Trade and Employment  
Import/Export Licensing, Block C  
Earlsfort Centre  
Hatch Street  
Dublin 2  
Ireland  
Fax (353-1) 631 28 26

## ITALIA

Ministero delle Attività produttive  
Direzione generale per la politica commerciale e per la gestione del  
regime degli scambi  
Viale America, 341  
I-00144 Roma  
Fax (39) 06 59 93 22 35/59 93 26 36

## LUXEMBOURG

Ministère des affaires étrangères  
Office des licences  
BP 113  
L-2011 Luxembourg  
Télécopieur (352) 46 61 38

## NEDERLAND

Belastingdienst/douane  
Centrale dienst voor in- en uitvoer  
Postbus 30003  
Engelse Kamp 2  
9700 RD Groningen  
Nederland  
Fax (31-50) 523 23 41

## ÖSTERREICH

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit  
Außenwirtschaftsadministration  
Landstrasser Hauptstraße 55-57  
A-1030 Wien  
Fax: (43-1) 711 00/83 86

## PORTUGAL

Ministério da Economia  
Direcção-Geral das Relações Económicas Internacionais  
Av. da República, 79  
P-1000 Lisboa  
Fax: (351-21) 793 22 10

## SUOMI/FINLAND

Tullihallitus  
PL 512  
FIN-00101 Helsinki  
Faksi (358-9) 614 28 52

Tullstyrelsen  
PB 512  
FIN-00101 Helsingfors  
Fax (358-9) 614 28 52

## SVERIGE

Kommerskollegium  
Box 6803  
S-113 86 Stockholm  
Fax (46-8) 30 67 59

## UNITED KINGDOM

Department of Trade and Industry  
Import Licensing Branch  
Queensway House — West Precinct  
Billingham, Cleveland  
TS23 2NF  
United Kingdom  
Fax (44-1642) 53 35 57

---

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1500/2002 DER KOMMISSION**  
**vom 22. August 2002**  
**zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1498/98 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*  
J. M. SILVA RODRÍGUEZ  
*Generaldirektor für Landwirtschaft*

<sup>(1)</sup> ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66.

<sup>(2)</sup> ABl. L 198 vom 15.7.1998, S. 4.



## ANHANG

**zu der Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code <sup>(1)</sup>	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	68,0
	060	44,6
	999	56,3
0707 00 05	052	80,4
	999	80,4
0709 90 70	052	94,9
	999	94,9
0805 50 10	388	57,3
	524	66,8
	528	52,8
	999	59,0
0806 10 10	052	72,4
	220	270,7
	400	196,7
	999	179,9
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	388	83,1
	400	118,5
	508	52,6
	512	102,7
	528	51,4
	720	132,3
	800	182,5
	804	95,7
	999	102,4
0808 20 50	052	113,7
	388	73,7
	512	81,5
	528	93,1
	999	90,5
0809 30 10, 0809 30 90	052	108,4
	999	108,4
0809 40 05	052	70,3
	060	68,0
	064	55,1
	066	63,4
	624	165,3
	999	84,4

<sup>(1)</sup> Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1501/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2848/98 hinsichtlich der Vorschriften betreffend die Durchführungsbestimmungen zum Quotenrückkaufprogramm im Rohtabaksektor**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 546/2002<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 14a,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 35 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2848/98 der Kommission vom 22. Dezember 1998 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates hinsichtlich der Prämienregelung, der Produktionsquoten und der Sonderbeihilfe für Erzeugergemeinschaften im Rohtabaksektor<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1005/2002<sup>(4)</sup>, gibt der Mitgliedstaat im Rahmen des Verfahrens für den Rückkauf von Quoten zwischen dem 1. September und 31. Dezember die Verkaufsabsicht der Erzeuger bekannt, damit andere Erzeuger die Quote vor deren tatsächlichem Rückkauf erwerben können.
- (2) Dieser Viermonatszeitraum hat sich erfahrungsgemäß als zu lang erwiesen. Daher muss eine Vereinfachung dadurch herbeigeführt werden, dass dieser Zeitraum halbiert und so das Rückkaufverfahren beschleunigt und für die Erzeuger attraktiver wird, da somit der Zeitraum verkürzt wird, in dem Unsicherheit über den Abschluss des Verkaufsverfahrens herrscht.

(3) Da der Beginn des zu ändernden Zeitraums der 1. September ist, muss diese Verordnung umgehend in Kraft treten.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Tabak —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Artikel 35 der Verordnung (EG) Nr. 2848/98 wird wie folgt geändert:

- a) In den Absätzen 1 und 2 wird das Datum „1. September“ durch „1. November“ ersetzt.
- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Nach Ablauf des Zweimonatszeitraums gemäß Absatz 2 Unterabsatz 1 werden die Quoten endgültig zurückgekauft, wenn sie nicht von Erzeugern gekauft wurden.“

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. L 215 vom 30.7.1992, S. 70.<sup>(2)</sup> ABl. L 84 vom 28.3.2002, S. 4.<sup>(3)</sup> ABl. L 358 vom 31.12.1998, S. 17.<sup>(4)</sup> ABl. L 153 vom 13.6.2002, S. 3.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1502/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersektor**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 680/2002 der Kommission <sup>(2)</sup>,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1422/95 der Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen für die Einfuhr von Melasse im Zuckersektor und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 <sup>(3)</sup>, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 wird der cif-Preis bei der Einfuhr von Melasse, im folgenden „repräsentativer Preis“ genannt, nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 der Kommission <sup>(4)</sup> bestimmt. Dieser Preis gilt für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der genannten Verordnung.
- (2) Der repräsentative Preis für Melasse wird für einen Grenzübergangsort der Gemeinschaft, in diesem Fall Amsterdam, festgesetzt. Der Preis muss auf der Grundlage der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt unter Berücksichtigung der nach Maßgabe der etwaigen Qualitätsunterschiede gegenüber der Standardqualität berichtigten Notierungen oder Preise dieses Marktes berechnet werden. Die Standardqualität für Melasse ist in der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 festgelegt.
- (3) Zur Feststellung der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt müssen alle Informationen betreffend die Angebote auf dem Weltmarkt, die auf den wichtigen Märkten in Drittländern festgestellten Preise und die Verkaufsabschlüsse im Rahmen des internationalen Handels berücksichtigt werden, die die Kommission von den Mitgliedstaaten erhält bzw. die ihr aus eigenen Quellen vorliegen. Bei dieser Feststellung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 ist es möglich, den Durchschnitt mehrerer Preise zugrunde zu legen, soweit dieser Durchschnitt für die tatsächliche Markttendenz als repräsentativ gelten kann.
- (4) Nicht berücksichtigt werden die Informationen, wenn die Ware nicht gesund und von handelsüblicher Qualität ist oder wenn der Angebotspreis nur eine geringe, für den

Markt nicht repräsentative Menge betrifft. Außerdem sind Angebotspreise auszuschließen, die als für die tatsächliche Markttendenz nicht repräsentativ gelten.

- (5) Um vergleichbare Angaben für Melasse der Standardqualität zu erhalten, müssen die Preise je nach Qualität der angebotenen Melasse nach Maßgabe der in Anwendung von Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 erzielten Ergebnisse erhöht oder verringert werden.
- (6) Ein repräsentativer Preis kann ausnahmsweise während eines begrenzten Zeitraums auf unveränderter Höhe beibehalten werden, wenn der Angebotspreis, der als Grundlage für die vorangegangene Festsetzung des repräsentativen Preises gedient hat, der Kommission nicht zur Kenntnis gelangt ist und die vorliegenden, offenbar für die effektive Markttendenz nicht repräsentativen Angebotspreise zu plötzlichen und erheblichen Änderungen des repräsentativen Preises führen würden.
- (7) Besteht zwischen dem Auslösungspreis für das fragliche Erzeugnis und dem repräsentativen Preis ein Unterschied, so sind nach Maßgabe von Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 zusätzliche Einfuhrzölle festzusetzen. Bei Aussetzung der Einfuhrzölle gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 sind für diese Zölle besondere Beträge festzusetzen.
- (8) Aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergibt sich, dass die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse nach Maßgabe des Anhangs dieser Verordnung festzusetzen sind.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr der Erzeugnisse des Artikels 1 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 werden entsprechend dem Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. L 104 vom 20.4.2002, S. 26.<sup>(3)</sup> ABl. L 141 vom 24.6.1995, S. 12.<sup>(4)</sup> ABl. L 145 vom 27.6.1968, S. 12.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

Für die Kommission  
J. M. SILVA RODRÍGUEZ  
Generaldirektor für Landwirtschaft

ANHANG

**der Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Zölle der Einfuhr von Melasse im Zuckersektor**

(in EUR)

KN-Code	Repräsentativer Preis pro 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Zusätzlicher Zoll pro 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Bei der Einfuhr des Erzeugnisses wegen der Aussetzung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 anzuwendender Betrag <sup>(2)</sup> pro 100 kg Eigengewicht
1703 10 00 <sup>(1)</sup>	8,38	—	0
1703 90 00 <sup>(1)</sup>	12,09	—	0

<sup>(1)</sup> Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 785/68.

<sup>(2)</sup> Dieser Betrag ersetzt gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 den für diese Erzeugnisse festgesetzten Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1503/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 680/2002 der Kommission <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 5 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 27 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 kann der Unterschied zwischen den Notierungen oder Preisen auf dem Weltmarkt der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der angeführten Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.
- (2) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 sind die Erstattungen für den nicht denaturierten und in unverändertem Zustand ausgeführten Weißzucker und Rohzucker unter Berücksichtigung der Lage auf dem Markt der Gemeinschaft und auf dem Weltzuckermarkt und insbesondere der in Artikel 28 der angeführten Verordnung genannten Preise und Kostenelemente festzusetzen. Nach demselben Artikel sind zugleich die wirtschaftlichen Aspekte der beabsichtigten Ausfuhr zu berücksichtigen.
- (3) Für Rohzucker ist die Erstattung für die Standardqualität festzusetzen. Diese ist in Anhang I Punkt 2 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 festgelegt worden. Diese Erstattung ist im Übrigen gemäß Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 festzusetzen. Kandiszucker wurde in der Verordnung (EG) Nr. 2135/95 der Kommission vom 7. September 1995 mit Durchführungsvorschriften für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen im Zuckersektor <sup>(3)</sup> definiert. Die so berechnete Erstattung muss bei aromatisiertem oder gefärbtem Zucker für dessen Saccharosegehalt gelten und somit für 1 v. H. dieses Gehalts festgesetzt werden.

- (4) Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können es notwendig machen, die Erstattung für Zucker nach der Bestimmung in unterschiedlicher Höhe festzusetzen.
- (5) In besonderen Fällen kann der Erstattungsbetrag durch Rechtsakte anderer Art festgesetzt werden.
- (6) Die Erstattung wird alle zwei Wochen festgesetzt. Sie kann zwischenzeitlich geändert werden.
- (7) Die Anwendung dieser Regeln auf die gegenwärtige Marktlage im Zuckersektor und insbesondere die Notierungen und Preise für Zucker in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führen dazu, die im Anhang angegebenen Erstattungsbeträge festzusetzen.
- (8) Die Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 sieht keine Verlängerung der Regelung über den Lagerkostenausgleich nach dem 1. Juli 2001 vor. Dies sollte daher bei der Festlegung der Erstattungen berücksichtigt werden, die gewährt werden, wenn die Ausfuhr nach dem 30. September 2001 erfolgt.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 genannten und nicht denaturierten Erzeugnisse werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABL L 178 vom 30.6.2001, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABL L 104 vom 20.4.2002, S. 26.

<sup>(3)</sup> ABL L 214 vom 8.9.1995, S. 16.

## ANHANG

**zur Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand**

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Betrag der Erstattung
1701 11 90 9100	A00	EUR/100 kg	43,01 <sup>(1)</sup>
1701 11 90 9910	A00	EUR/100 kg	42,87 <sup>(1)</sup>
1701 11 90 9950	A00	EUR/100 kg	<sup>(2)</sup>
1701 12 90 9100	A00	EUR/100 kg	43,01 <sup>(1)</sup>
1701 12 90 9910	A00	EUR/100 kg	42,87 <sup>(1)</sup>
1701 12 90 9950	A00	EUR/100 kg	<sup>(2)</sup>
1701 91 00 9000	A00	in EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,4676
1701 99 10 9100	A00	EUR/100 kg	46,76
1701 99 10 9910	A00	EUR/100 kg	46,60
1701 99 10 9950	A00	EUR/100 kg	46,60
1701 99 90 9100	A00	in EUR/1 % Saccharose × 100 kg Reingewicht	0,4676

<sup>(1)</sup> Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates errechnet.

<sup>(2)</sup> Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. L 255 vom 26.9.1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. L 309 vom 21.11.1985, S. 14).

NB: Die Erzeugniscode sowie die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/-gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6) festgelegt.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1504/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1331/2002 durchgeführte dritte Teilausschreibung**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 680/2002 der Kommission <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1331/2002 der Kommission vom 23. Juli 2002 betreffend eine Dauerausschreibung zu der Festsetzung von Abschöpfungen und/oder Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker für das Wirtschaftsjahr 2002/03 <sup>(3)</sup> werden Teilausschreibungen für die Ausfuhr dieses Zuckers durchgeführt.
- (2) Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1331/2002 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung, insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der

voraussichtlichen Entwicklung des Zuckermarktes in der Gemeinschaft sowie des Weltmarktes, festzusetzen.

- (3) Nach Prüfung der Angebote sind für die dritte Teilausschreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen festzulegen.
- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Für die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1331/2002 durchgeführte dritte Teilausschreibung für Weißzucker wird eine Ausfuhrerstattung von höchstens 49,647 EUR/100 kg festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 104 vom 20.4.2002, S. 26.

<sup>(3)</sup> ABl. L 195 vom 24.7.2002, S. 6.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1505/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der geltenden Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Getreide- und Reiserzeugnisse in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission<sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 und Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 kann der Unterschied zwischen den Notierungen oder Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser beiden Verordnungen genannten Erzeugnisse und den Preisen in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.
- (2) In der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 der Kommission vom 13. Juli 2000 zur Festlegung der gemeinsamen Verfahren bei der Regelung zur Gewährung von Ausfuherstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren ausgeführt werden<sup>(5)</sup>, sind diejenigen Erzeugnisse bezeichnet, für die bei ihrer Ausfuhr in Form von im Anhang B der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 oder im Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 aufgeführten Waren ein Erstattungssatz festgesetzt werden muss.
- (3) Gemäß Artikel 4 Absatz 1 erster Unterabsatz der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 muss der Erstattungssatz für jeden Monat für je 100 kg dieser Grunderzeugnisse festgesetzt werden.
- (4) Die Verpflichtungen hinsichtlich der Erstattungen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die in Waren außerhalb des Geltungsbereichs von Anhang I des Vertrags enthalten sind, könnten in Frage gestellt werden, wenn hohe Erstattungssätze im Voraus festgelegt werden. Infolgedessen sind Vorkehrungen gegen solche Situationen zu ergreifen, ohne dass dadurch der Abschluss langfristiger Verträge verhindert wird. Die Festlegung eines Erstattungssatzes im Hinblick auf die vorzeitige Festsetzung von Erstattungen trägt zur Verwirklichung dieser Ziele bei.

- (5) Im Anschluss an die zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika getroffene Übereinkunft über die Ausfuhren von Teigwaren aus der Gemeinschaft in die USA, die mit dem Beschluss 87/482/EWG des Rates<sup>(7)</sup> genehmigt wurde, muss die Erstattung für Waren der KN-Codes 1902 11 00 und 1902 19 00 je nach Bestimmungsgebiet unterschiedlich festgelegt werden.
- (6) Nach Artikel 4 Absätze 3 und 5 der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 gilt für das verarbeitete Grunderzeugnis zum vermuteten Zeitpunkt der Herstellung der Waren ein verminderter Erstattungssatz, weil die nach der Verordnung (EWG) Nr. 1722/93 der Kommission<sup>(8)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1786/2001<sup>(9)</sup>, gewährte Produktionserstattung zu berücksichtigen ist.
- (7) Alkoholische Getränke werden als Erzeugnisse betrachtet, die weniger empfindlich auf den Preis des zu ihrer Herstellung verwendeten Getreides reagieren. Das Protokoll Nr. 19 zum Vertrag über den Beitritt Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs sieht allerdings vor, dass die notwendigen Maßnahmen festzulegen sind, um die Verwendung von Getreide aus der Gemeinschaft zur Herstellung alkoholischer Getränke auf Getreidebasis zu erleichtern. Infolgedessen sind die Erstattungssätze für in Form von alkoholischen Getränken aufgeführtes Getreide anzupassen.
- (8) Da jedoch unbedingt sichergestellt sein muss, dass die peinlich genaue Verwaltung keine Unterbrechung erfährt, muss sowohl den Ausgabenvorausschätzungen als auch den verfügbaren Haushaltsmitteln Rechnung getragen werden.
- (9) Der Verwaltungsausschuss für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die geltenden Erstattungssätze für die Grunderzeugnisse im Sinne des Anhangs A der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 und des Artikels 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 oder des Artikels 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95, die in Form von im Anhang B der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 oder im Anhang B der geänderten Verordnung (EG) Nr. 3072/95 genannten Waren ausgeführt werden, werden entsprechend dem Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.<sup>(4)</sup> ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.<sup>(5)</sup> ABl. L 177 vom 15.7.2000, S. 1.<sup>(6)</sup> ABl. L 160 vom 18.6.2002, S. 16.<sup>(7)</sup> ABl. L 275 vom 29.9.1987, S. 36.<sup>(8)</sup> ABl. L 159 vom 1.7.1993, S. 112.<sup>(9)</sup> ABl. L 242 vom 12.9.2001, S. 3.



Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*  
Erkki LIKANEN  
*Mitglied der Kommission*

---

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr bestimmter Getreide- und Reiserzeugnisse in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren

(EUR/100 kg)

KN-Code	Bezeichnung der Erzeugnisse (1)	Erstattungssätze pro 100 kg des Grunderzeugnisses	
		bei Festlegung der Erstattungen im Voraus	in den anderen Fällen
1001 10 00	Hartweizen: – bei der Ausfuhr von Waren der KN-Codes 1902 11 und 1902 19 nach den Vereinigten Staaten von Amerika – in allen anderen Fällen	— —	— —
1001 90 99	Weichweizen und Mengkorn: – bei der Ausfuhr von Waren der KN-Codes 1902 11 und 1902 19 nach den Vereinigten Staaten von Amerika – in allen anderen Fällen: – – bei Anwendung von Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 (2) – – bei Ausfuhr von Waren des Kapitels 2208 (3) – – in allen anderen Fällen	— — — —	— — — —
1002 00 00	Roggen	—	—
1003 00 90	Gerste – bei Ausfuhr von Waren des Kapitels 2208 (3) – in allen anderen Fällen	— —	— —
1004 00 00	Hafer	—	—
1005 90 00	Mais, verwendet in Form von: – Stärke: – – bei Anwendung von Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 (2) – – bei Ausfuhr von Waren des Kapitels 2208 (3) – – in allen anderen Fällen – Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin, Maltodextrinsirup der KN-Codes 1702 30 51, 1702 30 59, 1702 30 91, 1702 30 99, 1702 40 90, 1702 90 50, 1702 90 75, 1702 90 79, 2106 90 55 (4): – – bei Anwendung von Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 (2) – – bei Ausfuhr von Waren des Kapitels 2208 (3) – – in allen anderen Fällen – bei Ausfuhr von Waren des Kapitels 2208 (3) – anderer (einschließlich in unverarbeitetem Zustand verwendet)  Kartoffelstärke des KN-Codes 1108 13 00, gleichgestellt mit einem aus der Verarbeitung von Mais hergestellten Produkt: – bei Anwendung von Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 (2) – – bei Ausfuhr von Waren des Kapitels 2208 (3) – in allen anderen Fällen	1,386 0,211 1,386  1,040 0,158 1,040 0,211 1,386  1,386 0,211 1,386	1,386 0,211 1,386  1,040 0,158 1,040 0,211 1,386  1,386 0,211 1,386

(EUR/100 kg)

KN-Code	Bezeichnung der Erzeugnisse <sup>(1)</sup>	Erstattungssätze pro 100 kg des Grunderzeugnisses	
		bei Festlegung der Erstattungen im Voraus	in den anderen Fällen
ex 1006 30	Vollständig geschliffener Reis: – rundkörniger Reis – mittelkörniger Reis – langkörniger Reis	9,500 9,500 9,500	9,500 9,500 9,500
1006 40 00	Bruchreis	2,300	2,300
1007 00 90	Sorghum	—	—

<sup>(1)</sup> Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen die im Anhang E der Verordnung (EG) Nr. 1520/2000 der Kommission angegebenen Koeffizienten angewandt werden (ABl. L 177 vom 15.7.2000, S. 1).

<sup>(2)</sup> Die betreffende Ware fällt unter den KN-Code 3505 10 50.

<sup>(3)</sup> Waren, aufgenommen in Anhang B der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 oder gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 2825/93.

<sup>(4)</sup> Für Sirupe der KN-Codes 1702 30 99, 1702 40 90 und 1702 60 90, hergestellt als Mischung von Glucose- und Fructosesirup, gibt nur der Glucosesirup Recht auf Ausfuhrerstattung.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1506/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 bestimmt, dass der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 derselben Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen für diese Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.
- (2) Bei der Festsetzung der Erstattungen sind die Faktoren zu berücksichtigen, die in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 der Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Ausfuhrerstattungen und zur Festlegung der bei Störungen im Getreidesektor zu treffenden Maßnahmen<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1163/2002<sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1324/2002<sup>(5)</sup>, aufgeführt sind.
- (3) Für Mehle, Grobgrieß und Feingrieß aus Weizen und Roggen muss die auf diese Erzeugnisse anwendbare Erstattung unter Berücksichtigung der zur Herstellung der betreffenden Erzeugnisse notwendigen Getreide-

menge berechnet werden. Diese Mengen sind in der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 festgesetzt worden.

- (4) Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können die Unterteilung der Erstattung für gewisse Erzeugnisse gemäß ihrer Bestimmung notwendig machen.
- (5) Die Erstattung muss mindestens einmal monatlich festgesetzt werden. Sie kann innerhalb dieses Zeitraums abgeändert werden.
- (6) Die Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Lage der Getreidemärkte und insbesondere auf die Notierungen oder Preise dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führt zur Festsetzung der Erstattung in Höhe der im Anhang genannten Beträge.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 genannten Erzeugnisse, Malz ausgenommen, in unverändertem Zustand sind im Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 7.<sup>(4)</sup> ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 46.<sup>(5)</sup> ABl. L 194 vom 23.7.2002, S. 26.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide,  
Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag	Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag
1001 10 00 9200	—	EUR/t	—	1101 00 11 9000	—	EUR/t	—
1001 10 00 9400	—	EUR/t	—	1101 00 15 9100	C01	EUR/t	0
1001 90 91 9000	—	EUR/t	—	1101 00 15 9130	C01	EUR/t	0
1001 90 99 9000	C01	EUR/t	0	1101 00 15 9150	C01	EUR/t	0
1002 00 00 9000	C06	EUR/t	0	1101 00 15 9170	C01	EUR/t	0
1003 00 10 9000	—	EUR/t	—	1101 00 15 9180	C01	EUR/t	0
1003 00 90 9000	C07	EUR/t	0	1101 00 15 9190	—	EUR/t	—
1004 00 00 9200	—	EUR/t	—	1101 00 90 9000	—	EUR/t	—
1004 00 00 9400	C06	EUR/t	0	1102 10 00 9500	C01	EUR/t	43,75
1005 10 90 9000	—	EUR/t	—	1102 10 00 9700	C01	EUR/t	34,50
1005 90 00 9000	C07	EUR/t	0	1102 10 00 9900	—	EUR/t	—
1007 00 90 9000	—	EUR/t	—	1103 11 10 9200	C06	EUR/t	0 <sup>(1)</sup>
1008 20 00 9000	—	EUR/t	—	1103 11 10 9400	C06	EUR/t	0 <sup>(1)</sup>
				1103 11 10 9900	—	EUR/t	—
				1103 11 90 9200	C06	EUR/t	0 <sup>(1)</sup>
				1103 11 90 9800	—	EUR/t	—

<sup>(1)</sup> Enthält das Erzeugnis gepressten agglomerierten Grieß, wird keine Erstattung gewährt.

NB: Die Erzeugniscode sowie die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungen sind wie folgt festgelegt:

C01 Alle Bestimmungen außer Polen, Litauen, Estland, Lettland und Ungarn.

C06 Alle Bestimmungen außer Litauen, Estland, Lettland und Ungarn.

C07 Alle Bestimmungen außer Estland, Lettland und Ungarn.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1507/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Aufgrund von Artikel 13 Absatz 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 wird bei der Ausfuhr von Getreide aufgrund eines bei Beantragung der Ausfuhrlizenz zu stellenden Antrags der Erstattungsbetrag, der am Tage der Vorlage des Antrags auf Erteilung einer Ausfuhrlizenz gilt, auf ein Ausfuhrgeschäft angewandt, das während der Gültigkeitsdauer dieser Ausfuhrlizenz durchgeführt werden soll. In diesem Fall kann der Erstattungsbetrag berichtigt werden.
- (2) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 der Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Ausfuhrerstattungen und zur Festlegung der bei Störungen im Getreidesektor zu treffenden Maßnahmen<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1163/2002<sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1324/2002<sup>(5)</sup>, kann für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 genannten Erzeugnisse ein Berichtigungsbetrag festgesetzt werden. Dieser Berichtigungsbetrag muss unter Berücksichtigung der in Artikel 1 der Verordnung

(EG) Nr. 1501/95 aufgeführten Faktoren berechnet werden.

- (3) Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können die Differenzierung der Berichtigung gemäß ihrer Bestimmung erforderlich machen.
- (4) Die Berichtigung muss gleichzeitig mit der Erstattung und nach dem gleichen Verfahren festgesetzt werden; sie kann zwischenzeitlich abgeändert werden.
- (5) Aus den vorgenannten Bestimmungen ergibt sich, dass der Berichtigungsbetrag entsprechend dem Anhang dieser Verordnung festgesetzt werden muss.
- (6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Betrag, um den die im voraus festgesetzten Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 genannten Erzeugnisse mit Ausnahme von Malz zu berichtigen sind, ist im Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.

<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 7.

<sup>(4)</sup> ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 46.

<sup>(5)</sup> ABl. L 194 vom 23.7.2002, S. 26.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung

(EUR/t)

Erzeugniscode	Bestimmung	Laufender Monat 8	1. Term. 9	2. Term. 10	3. Term. 11	4. Term. 12	5. Term. 1	6. Term. 2
1001 10 00 9200	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 00 9400	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 91 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 99 9000	C05	-30,00	-30,00	-30,00	-30,00	-30,00	—	—
	A05	0	-0,93	-1,86	-2,79	-3,72	—	—
1002 00 00 9000	C03	-20,00	-20,00	-20,00	-20,00	-20,00	—	—
	C05	-45,00	-45,00	-45,00	-45,00	-45,00	—	—
	A05	0	0	0	0	0	—	—
1003 00 10 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1003 00 90 9000	A00	0	-0,93	-1,86	-2,79	-3,72	—	—
1004 00 00 9200	—	—	—	—	—	—	—	—
1004 00 00 9400	C05	-30,00	-30,00	-30,00	-30,00	-30,00	—	—
	A05	0	-0,93	-1,86	-2,79	-3,72	—	—
1005 10 90 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 90 00 9000	A00	0	-0,93	-1,86	-2,79	-3,72	—	—
1007 00 90 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1008 20 00 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 11 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 15 9100	A00	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 15 9130	A00	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 15 9150	A00	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 15 9170	A00	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 15 9180	A00	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 15 9190	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 90 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 9500	A00	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 9700	A00	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 9900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 10 9200	A00	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 10 9400	A00	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 10 9900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 90 9200	A00	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 90 9800	—	—	—	—	—	—	—	—

NB: Die Erzeugniscode sowie die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/-gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungen sind wie folgt festgelegt:

C03 Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Norwegen, Färöer-Inseln, Island, Russland, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien, Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens (mit Ausnahme von Slowenien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina), Albanien, Rumänien, Bulgarien, Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Moldawien, Ukraine, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Malta, Zypern und Türkei;

C05 Ungarn.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1508/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis <sup>(3)</sup>, Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission <sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 und Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 bestimmen, dass der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnungen genannten Erzeugnisse und den Preisen für die Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.
- (2) Gemäß Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 sind die Erstattungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung einerseits des verfügbaren Getreides und des Reises und Bruchreises und ihrer Preise in der Gemeinschaft und andererseits der Preise für Getreide, Reis, Bruchreis und Getreideerzeugnisse auf dem Weltmarkt festzusetzen. Nach denselben Artikeln ist auf den Getreide- und Reismärkten für eine ausgeglichene Lage und für eine natürliche Preis- und Handelsentwicklung zu sorgen. Ferner ist den wirtschaftlichen Aspekten der geplanten Ausfuhren sowie der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Marktstörungen in der Gemeinschaft zu vermeiden.
- (3) Die Verordnung (EG) Nr. 1518/95 der Kommission <sup>(5)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2993/95 <sup>(6)</sup>, über die Regelung für die Einfuhr und die Ausfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen bestimmt in Artikel 4 die besonderen Kriterien, die bei der Berechnung der Erstattung für diese Erzeugnisse zu berücksichtigen sind.
- (4) Infolgedessen sind die für die einzelnen Erzeugnisse zu gewährenden Erstattungen zu staffeln, und zwar, je nach

Erzeugnis, aufgrund des Gehaltes an Rohfasern, Asche, Spelzen, Proteinen, Fetten oder Stärke, wobei dieser Gehalt jeweils besonders charakteristisch für die tatsächlich in dem Verarbeitungserzeugnis enthaltene Menge des Grunderzeugnisses ist.

- (5) Bei Maniokwurzeln, anderen Wurzeln und Knollen von tropischen Früchten sowie deren Mehlen machen wirtschaftliche Gesichtspunkte etwaiger Ausfuhren angesichts der Art und der Herkunft dieser Erzeugnisse zur Zeit eine Festsetzung von Ausfuhrerstattungen nicht erforderlich. Für einige Verarbeitungserzeugnisse aus Getreide ist es aufgrund der schwachen Beteiligung der Gemeinschaft am Welthandel gegenwärtig nicht notwendig, eine Ausfuhrerstattung festzusetzen.
- (6) Die Lage auf dem Weltmarkt oder besondere Erfordernisse bestimmter Märkte können eine Differenzierung bei Erstattungen für bestimmte Erzeugnisse je nach ihrer Bestimmung notwendig machen.
- (7) Die Erstattung muss einmal monatlich festgesetzt werden; sie kann zwischenzeitlich geändert werden.
- (8) Bestimmte Maiserzeugnisse können so wärmebehandelt werden, dass für sie eine Erstattung gewährt werden könnte, die ihrer Qualität nicht gerecht wird. Für Erzeugnisse, die eine erste Gelbildung oder Gelierung aufweisen, sollte deshalb keine Ausfuhrerstattung gewährt werden.
- (9) Der Verwaltungsausschuss für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Ausfuhrerstattungen für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 und in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 genannten und der Verordnung (EG) Nr. 1518/95 unterliegenden Erzeugnisse werden wie im Anhang dieser Verordnung angegeben festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.<sup>(4)</sup> ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.<sup>(5)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 55.<sup>(6)</sup> ABl. L 312 vom 23.12.1995, S. 25.



Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*  
Franz FISCHLER  
*Mitglied der Kommission*

---

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse

Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag	Erzeugniscode	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattungsbetrag
1102 20 10 9200 <sup>(1)</sup>	C11	EUR/t	19,40	1104 23 10 9100	C14	EUR/t	20,79
1102 20 10 9400 <sup>(1)</sup>	C11	EUR/t	16,63	1104 23 10 9300	C14	EUR/t	15,94
1102 20 90 9200 <sup>(1)</sup>	C11	EUR/t	16,63	1104 29 11 9000	C13	EUR/t	0,00
1102 90 10 9100	C14	EUR/t	0,00	1104 29 51 9000	C13	EUR/t	0,00
1102 90 10 9900	C14	EUR/t	0,00	1104 29 55 9000	C13	EUR/t	0,00
1102 90 30 9100	C15	EUR/t	0,00	1104 30 10 9000	C13	EUR/t	0,00
1103 19 40 9100	C16	EUR/t	0,00	1104 30 90 9000	C14	EUR/t	3,47
1103 13 10 9100 <sup>(1)</sup>	C14	EUR/t	24,95	1107 10 11 9000	C13	EUR/t	0,00
1103 13 10 9300 <sup>(1)</sup>	C14	EUR/t	19,40	1107 10 91 9000	C13	EUR/t	0,00
1103 13 10 9500 <sup>(1)</sup>	C14	EUR/t	16,63	1108 11 00 9200	C10	EUR/t	0,00
1103 13 90 9100 <sup>(1)</sup>	C14	EUR/t	16,63	1108 11 00 9300	C10	EUR/t	0,00
1103 19 10 9000	C16	EUR/t	0,00	1108 12 00 9200	C10	EUR/t	22,18
1103 19 30 9100	C14	EUR/t	0,00	1108 12 00 9300	C10	EUR/t	22,18
1103 20 60 9000	C16	EUR/t	0,00	1108 13 00 9200	C10	EUR/t	22,18
1103 20 20 9000	C14	EUR/t	0,00	1108 13 00 9300	C10	EUR/t	22,18
1104 19 69 9100	C14	EUR/t	0,00	1108 19 10 9200	C10	EUR/t	34,96
1104 12 90 9100	C13	EUR/t	0,00	1108 19 10 9300	C10	EUR/t	34,96
1104 12 90 9300	C13	EUR/t	0,00	1109 00 00 9100	C10	EUR/t	0,00
1104 19 10 9000	C13	EUR/t	0,00	1702 30 51 9000 <sup>(2)</sup>	C10	EUR/t	21,73
1104 19 50 9110	C14	EUR/t	22,18	1702 30 59 9000 <sup>(2)</sup>	C10	EUR/t	16,63
1104 19 50 9130	C14	EUR/t	18,02	1702 30 91 9000	C10	EUR/t	21,73
1104 29 01 9100	C14	EUR/t	0,00	1702 30 99 9000	C10	EUR/t	16,63
1104 29 03 9100	C14	EUR/t	0,00	1702 40 90 9000	C10	EUR/t	16,63
1104 29 05 9100	C14	EUR/t	0,00	1702 90 50 9100	C10	EUR/t	21,73
1104 29 05 9300	C14	EUR/t	0,00	1702 90 50 9900	C10	EUR/t	16,63
1104 22 20 9100	C13	EUR/t	0,00	1702 90 75 9000	C10	EUR/t	22,77
1104 22 30 9100	C13	EUR/t	0,00	1702 90 79 9000	C10	EUR/t	15,80
				2106 90 55 9000	C10	EUR/t	16,63

<sup>(1)</sup> Für Erzeugnisse, die einer Wärmebehandlung bis zur ersten Gelbildung unterzogen wurden, wird keine Erstattung gewährt.

<sup>(2)</sup> Es gelten die Erstattungen gemäß der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 des Rates (ABl. L 281 vom 1.11.1975, S. 20).

NB: Die Erzeugniscode sowie die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/Gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6).

Die übrigen Bestimmungen sind wie folgt festgelegt:

C10: Alle Bestimmungen außer Estland.

C11: Alle Bestimmungen außer Estland, Ungarn und Polen.

C12: Alle Bestimmungen außer Estland, Ungarn, Lettland und Polen.

C13: Alle Bestimmungen außer Estland, Ungarn und Litauen.

C14: Alle Bestimmungen außer Estland und Ungarn.

C15: Alle Bestimmungen außer Estland, Ungarn, Lettland, Litauen und Polen.

C16: Alle Bestimmungen außer Estland, Ungarn, Lettland und Litauen.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1509/2002 DER KOMMISSION**  
**vom 22. August 2002**  
**zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreidemischfuttermittel**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 bestimmt, dass der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen für diese Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.
- (2) Die Verordnung (EG) Nr. 1517/95 der Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 hinsichtlich der Regelung der Ein- und Ausfuhr von Getreidemischfuttermitteln und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1162/95 mit besonderen Durchführungsbestimmungen über Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis<sup>(3)</sup> bestimmt in Artikel 2 die besonderen Kriterien, die bei der Berechnung der Erstattung für diese Erzeugnisse zu berücksichtigen sind.
- (3) Bei dieser Berechnung muss auch der Gehalt an Getreideerzeugnissen berücksichtigt werden. Zur Erzielung einer Vereinfachung sollte die Erstattung deshalb für zwei Arten von Getreideerzeugnissen gewährt werden, nämlich für Mais, das in ausgeführten Mischfuttermitteln am meisten verwendete Getreide, und für anderes Getreide. Unter anderem Getreide sind im Sinne dieser Verordnung in Frage kommende Getreideerzeugnisse außer Mais und Maiserzeugnissen zu verstehen. Die genannte Erstattung ist für die in dem betreffenden

Mischfuttermittel enthaltene Menge Getreideerzeugnisse zu gewähren.

- (4) Der Erstattungsbetrag muss außerdem den Möglichkeiten und Bedingungen des Absatzes der betreffenden Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, dem Erfordernis, Störungen auf dem Markt der Gemeinschaft zu verhindern, und dem wirtschaftlichen Aspekt der Ausfuhr Rechnung tragen.
- (5) Bei der Festsetzung der Erstattung erscheint es derzeit jedoch angebracht, sich auf die Differenz zu gründen, die zwischen den Kosten für die allgemein zur Herstellung dieser Mischfuttermittel verwendeten Grundstoffe auf dem Gemeinschaftsmarkt und auf dem Weltmarkt festzustellen ist, was es ermöglicht, den wirtschaftlichen Gegebenheiten bei der Ausfuhr dieser Erzeugnisse besser Rechnung zu tragen.
- (6) Die Erstattung muss einmal im Monat festgesetzt werden; sie kann zwischenzeitlich geändert werden.
- (7) Der Verwaltungsausschuss für Getreide hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Ausfuhrerstattungen für Mischfuttermittel, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 genannt sind und der Verordnung (EG) Nr. 1517/95 unterliegen, werden wie im Anhang der vorliegenden Verordnung angegeben gewährt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.

<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 51.

## ANHANG

**zur Verordnung der Kommission vom 22. August 2002 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreidemischfuttermittel**

Für eine Ausfuhrerstattung kommen Erzeugnisse der nachstehenden Produktcodes in Frage:

2309 10 11 9000, 2309 10 13 9000, 2309 10 31 9000,  
2309 10 33 9000, 2309 10 51 9000, 2309 10 53 9000,  
2309 90 31 9000, 2309 90 33 9000, 2309 90 41 9000,  
2309 90 43 9000, 2309 90 51 9000, 2309 90 53 9000.

Getreideerzeugnis	Bestimmung	Maßeinheit	Erstattung
Mais und Maiserzeugnisse der KN-Codes 0709 90 60, 0712 90 19, 1005, 1102 20, 1103 13, 1103 29 40, 1104 19 50, 1104 23 und 1904 10 10	C10	EUR/t	13,86
Getreideerzeugnisse außer Mais und Maiserzeugnissen	C10	EUR/t	0,00

NB: Die Erzeugniscodes sowie die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungen sind wie folgt festgelegt:

C10 Alle Bestimmungen außer Estland.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1510/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****bezüglich der im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 901/2002 eingereichten Angebote für die Ausfuhr von Gerste**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000 <sup>(2)</sup>,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1501/95 der Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Ausfuhrerstattungen und zur Festlegung der bei Störungen im Getreidesektor zu treffenden Maßnahmen <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1163/2002 <sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1324/2002 <sup>(5)</sup>, insbesondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Eine Ausschreibung der Erstattung und/oder der Abgabe bei der Ausfuhr von Gerste nach allen Drittländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, Kanadas, Estlands und Lettlands wurde durch die Verordnung (EG) Nr. 901/2002 der Kommission <sup>(6)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1230/2002 <sup>(7)</sup>, eröffnet.

- (2) Nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 kann die Kommission auf der Grundlage der eingereichten Angebote nach dem Verfahren des Artikels 23 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 beschließen, die auf die Ausschreibung eingegangenen Angebote nicht zu berücksichtigen.

- (3) Unter Berücksichtigung insbesondere der Kriterien nach Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 ist die Festsetzung einer Höchsterstattung nicht angezeigt.

- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die im Rahmen der Ausschreibung der Erstattung oder der Abgabe bei der Ausfuhr von Gerste gemäß der Verordnung (EG) Nr. 901/2002 vom 16. bis 22. August 2002 eingereichten Angebote werden nicht berücksichtigt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.

<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 7.

<sup>(4)</sup> ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 46.

<sup>(5)</sup> ABl. L 194 vom 23.7.2002, S. 26.

<sup>(6)</sup> ABl. L 127 vom 9.5.2002, S. 11.

<sup>(7)</sup> ABl. L 180 vom 10.7.2002, S. 3.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1511/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****bezüglich der im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 900/2002 eingereichten Angebote für die Ausfuhr von Roggen**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000<sup>(2)</sup>,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1501/95 der Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Ausfuhrerstattungen und zur Festlegung der bei Störungen im Getreidesektor zu treffenden Maßnahmen<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1163/2002<sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1324/2002<sup>(5)</sup>, insbesondere auf Artikel 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Eine Ausschreibung der Erstattung bei der Ausfuhr von Roggen nach allen Drittländern außer Estland, Litauen und Lettland wurde durch die Verordnung (EG) Nr. 900/2002 der Kommission<sup>(6)</sup> eröffnet.
- (2) Nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 kann die Kommission auf der Grundlage der eingereichten

Angebote nach dem Verfahren des Artikels 23 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 beschließen, die auf die Ausschreibung eingegangenen Angebote nicht zu berücksichtigen.

- (3) Unter Berücksichtigung insbesondere der Kriterien nach Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 ist die Festsetzung einer Höchsterstattung nicht angezeigt.
- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die im Rahmen der Ausschreibung der Erstattung oder der Abgabe bei der Ausfuhr von Roggen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 900/2002 vom 16. bis zum 22. August 2002 eingereichten Angebote werden nicht berücksichtigt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 7.<sup>(4)</sup> ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 46.<sup>(5)</sup> ABl. L 194 vom 23.7.2002, S. 26.<sup>(6)</sup> ABl. L 142 vom 31.5.2002, S. 14.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1512/2002 DER KOMMISSION****vom 22. August 2002****zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von Weichweizen im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 899/2002**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000<sup>(2)</sup>,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1501/95 der Kommission vom 29. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der Gewährung von Ausfuhrerstattungen und zur Festlegung der bei Störungen im Getreidesektor zu treffenden Maßnahmen<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1163/2002<sup>(4)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1324/2002<sup>(5)</sup>, insbesondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Eine Ausschreibung der Erstattung bei der Ausfuhr von Weichweizen nach allen Drittländern mit Ausnahme von Polen, Estland, Litauen und Lettland wurde durch die Verordnung (EG) Nr. 899/2002 der Kommission<sup>(6)</sup> eröffnet.
- (2) Nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 kann die Kommission auf der Grundlage der eingereichten Angebote nach dem Verfahren des Artikels 23 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 beschließen, unter

Berücksichtigung der Kriterien nach Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1501/95 eine Höchstausfuhrerstattung festzusetzen. In einem solchen Fall wird der Zuschlag jedem Bieter erteilt, dessen Angebot der Höchstausfuhrerstattung entspricht oder darunter liegt.

- (3) Die Anwendung der vorgenannten Kriterien auf die derzeitige Marktlage bei der betreffenden Getreideart führt zur Festsetzung einer Höchsterstattung in Höhe des in Artikel 1 genannten Betrags.
- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Höchsterstattung bei der Ausfuhr von Weichweizen wird für die vom 16. bis zum 22. August 2002 im Rahmen der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 899/2002 eingereichten Angebote auf 0,00 EUR/t festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. August 2002 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 22. August 2002

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.<sup>(2)</sup> ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. L 147 vom 30.6.1995, S. 7.<sup>(4)</sup> ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 46.<sup>(5)</sup> ABl. L 194 vom 23.7.2002, S. 26.<sup>(6)</sup> ABl. L 142 vom 31.5.2002, S. 11.

## II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## RAT

**BESCHLUSS Nr. 3/2002 DES ASSOZIATIONSRATES EU-RUMÄNIEN****vom 21. Juni 2002****über die Ausfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse aus Rumänien in die Gemeinschaft im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2002 (System der doppelten Kontrolle)**

(2002/665/EG)

DER ASSOZIATIONSRAT —

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kontaktgruppe nach Artikel 11 des Protokolls Nr. 2 des am 1. Februar 1995 in Kraft getretenen Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Rumänien andererseits <sup>(1)</sup> tagte am 22. Januar 2002 und kam überein, dem gemäß Artikel 106 des Abkommens eingesetzten Assoziationsrat zu empfehlen, das zuletzt mit dem Beschluss Nr. 1/2001 <sup>(2)</sup> erneuerte System der doppelten Kontrolle für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2002 wieder einzuführen.
- (2) Der Assoziationsrat ist nach Vorlage aller einschlägigen Informationen übereingekommen, dieser Empfehlung nachzukommen —

BESCHLIESST:

*Artikel 1*

(1) In dem Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2002 ist für die Einfuhr der in Anhang I aufgeführten Waren mit Ursprung in Rumänien in die Gemeinschaft die Vorlage eines Ausfuhrdokuments in Form des von den Behörden der Gemeinschaft ausgestellten Überwachungsdokuments erforderlich, das dem Muster in Anhang II entspricht.

(2) Die Einreihung der unter diesen Beschluss fallenden Waren erfolgt auf der Grundlage der zolltariflichen und statistischen Nomenklatur der Gemeinschaft (nachstehend „Kombinierte Nomenklatur“ genannt oder „KN“ abgekürzt). Der Ursprung der unter diesen Beschluss fallenden Waren wird gemäß den in der Gemeinschaft geltenden Regeln festgelegt.

(3) In dem in Absatz 1 festgelegten Zeitraum ist für die Einfuhr der in Anhang I aufgeführten Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Rumänien in die Gemeinschaft außerdem die Ausstellung eines Ausfuhrdokuments durch die zuständigen rumänischen Behörden erforderlich. Der Einführer hat das Original des Ausfuhrdokuments bis spätestens 31. März des Jahres vorzulegen, das auf das Jahr folgt, in dem die unter das Dokument fallenden Waren versandt wurden. Als Versanddatum gilt das Datum, an dem die Ware in das Beförderungsmittel zur Ausfuhr verladen wird.

(4) Das Ausfuhrdokument entspricht dem Muster in Anhang III. Es gilt für die Ausfuhren in das gesamte Zollgebiet der Gemeinschaft.

(5) Rumänien notifiziert der Kommission der Europäischen Gemeinschaften die Namen und Anschriften der zuständigen rumänischen Regierungsbehörden, die zur Ausstellung und Prüfung der Ausfuhrdokumente befugt sind, sowie die Muster der von diesen Behörden verwendeten Stempelabdrücke und Unterschriften. Rumänien notifiziert der Kommission alle diesbezüglichen Änderungen.

(6) Einige technische Vorschriften für die Durchführung des Systems der doppelten Kontrolle sind in Anhang IV festgelegt.

(7) Die Waren, die vor dem 1. Juli 2002 versandt werden, sind von der Anwendung dieses Beschlusses ausgenommen.

*Artikel 2*

(1) Rumänien verpflichtet sich, der Gemeinschaft genaue statistische Angaben zu den von den rumänischen Behörden gemäß Artikel 1 ausgestellten Ausfuhrdokumenten zu machen. Diese Angaben werden der Gemeinschaft spätestens am Ende des Monats übermittelt, der auf den Monat folgt, auf den sich die Statistiken beziehen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 357 vom 31.12.1994, S. 2.

<sup>(2)</sup> ABl. L 35 vom 6.2.2001, S. 36.



(2) Die Gemeinschaft verpflichtet sich, den rumänischen Behörden genaue statistische Angaben zu den von den Mitgliedstaaten ausgestellten Überwachungsdokumenten für die von den rumänischen Behörden gemäß Artikel 1 ausgestellten Ausfuhrdokumente zu machen. Diese Angaben werden den rumänischen Behörden spätestens am Ende des Monats übermittelt, der auf den Monat folgt, auf den sich die Statistiken beziehen.

#### *Artikel 3*

Auf Antrag einer der Vertragsparteien werden bei Bedarf Konsultationen über alle Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Beschlusses abgehalten. Diese Konsultationen finden unverzüglich statt. Alle Konsultationen gemäß diesem Artikel werden von beiden Vertragsparteien im Geist der Zusammenarbeit und mit dem Wunsch geführt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen auszuräumen.

#### *Artikel 4*

Alle Mitteilungen gemäß diesem Artikel sind zu richten

— für die Gemeinschaft: an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (GD Handel E.2);

— für Rumänien: an die Mission Rumäniens bei den Europäischen Gemeinschaften und an das Außenministerium Rumäniens, Abteilung Außenhandel und Wirtschaftsförderung.

#### *Artikel 5*

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Er gilt ab 1. Juli 2002.

Geschehen zu Brüssel am 21. Juni 2002.

*Im Namen des Assoziationsrates*

*Der Präsident*

M. GEOANA

## ANHANG I

## RUMÄNIEN

## Liste der Waren, die der doppelten Kontrolle unterliegen (2002)

7202 11 20	7210 41 10	7216 10 00	7222 11 91
7202 11 80	7210 49 10	7216 21 00	7222 11 99
7202 99 11	7210 50 10	7216 22 00	7222 19 10
7203 90 00	7210 61 10	7216 31 11	7222 19 90
7206 10 00	7210 69 10	7216 31 19	7222 30 10
7206 90 00	7210 70 31	7216 31 91	7222 40 10
7208 10 00	7210 70 39	7216 31 99	7222 40 30
7208 25 00	7210 90 31	7216 32 11	7225 11 00
7208 26 00	7210 90 33	7216 32 19	7225 19 10
7208 27 00	7210 90 38	7216 32 91	7225 19 90
7208 36 00	7211 13 00	7216 32 99	7225 20 20
7208 37 10	7211 14 10	7216 33 10	7225 30 00
7208 37 90	7211 14 90	7216 33 90	7225 40 20
7208 38 10	7211 19 20	7216 40 10	7225 40 50
7208 38 90	7211 19 90	7216 40 90	7225 40 80
7208 39 10	7211 23 10	7216 50 10	7225 50 00
7208 39 90	7211 23 51	7216 50 91	7225 91 10
7208 40 10	7211 29 20	7216 50 99	7225 92 10
7208 40 90	7211 90 11	7216 99 10	7225 99 10
7208 51 10	7212 10 10	7219 11 00	7226 11 10
7208 51 30	7212 10 91	7219 12 10	7226 19 10
7208 51 50	7212 20 11	7219 12 90	7226 19 30
7208 51 91	7212 30 11	7219 13 10	7226 19 30
7208 51 99	7212 40 10	7219 13 90	7226 20 20
7208 52 10	7212 40 91	7219 14 10	7226 91 10
7208 52 91	7212 50 31	7219 14 90	7226 91 90
7208 52 99	7212 50 51	7219 21 10	7226 92 10
7208 53 10	7212 60 11	7219 21 90	7226 93 20
7208 53 90	7212 60 91	7219 22 10	7226 94 20
7208 54 10	7213 10 00	7219 22 90	7226 99 20
7208 54 90	7213 20 00	7219 23 00	7227 10 00
7208 90 10	7213 91 10	7219 24 00	7227 20 00
7209 15 00	7213 91 20	7219 31 00	7227 90 10
7209 16 10	7213 91 41	7219 32 10	7227 90 50
7209 16 90	7213 91 49	7219 32 90	7227 90 95
7209 17 10	7213 91 70	7219 33 10	7228 10 10
7209 17 90	7213 91 90	7219 33 90	7228 10 30
7209 18 10	7213 99 10	7219 34 10	7228 10 30
7209 18 91	7213 99 90	7219 34 90	7228 20 11
7209 18 99	7214 20 00	7219 35 10	7228 20 19
7209 25 00	7214 30 00	7219 35 90	7228 20 30
7209 26 10	7214 91 10	7219 90 10	7228 30 20
7209 26 90	7214 91 90	7220 11 00	7228 30 41
7209 27 10	7214 99 10	7220 12 00	7228 30 49
7209 27 90	7214 99 31	7220 20 10	7228 30 61
7209 28 10	7214 99 39	7220 90 11	7228 30 69
7209 28 90	7214 99 50	7220 90 31	7228 30 70
7209 90 10	7214 99 61	7221 00 10	7228 30 89
7210 11 10	7214 99 69	7221 00 90	7228 60 10
7210 12 11	7214 99 80	7222 11 11	7228 70 10
7210 12 19	7214 99 90	7222 11 19	7228 70 31
7210 20 10	7215 90 10	7222 11 21	7228 80 10
7210 30 10		7222 11 29	7228 80 90
			7301 10 00

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT — ÜBERWACHUNGSDOKUMENT

Original für den Antragsteller	1	1. <b>Inhaber</b> (Name, vollständige Anschrift, Land und Mehrwertsteuer- nummer)	2. <b>Ausstellungsnummer</b>
			3. <b>Voraussichtlicher Einfuhrort und voraussichtliches Einfuhrdatum</b>
			4. <b>Erteilende zuständige Behörde</b> (Name, Anschrift und Telefonnummer)
		5. <b>Anmelder/Vertreter (gegebenenfalls)</b> (Name und vollständige Anschrift)	6. <b>Ursprungsland</b> (und Nomenklaturcode)
			7. <b>Herkunftsland</b> (und Nomenklaturcode)
			8. <b>Letzter Tag der Gültigkeit</b>
	1	9. <b>Warenbezeichnung</b>	10. <b>KN-Code der Waren und Kategorie</b>
			11. <b>Menge in kg (Reingewicht) oder in weiteren Maßeinheiten</b>
		12. <b>cif-Preis frei Gemeinschaftsgrenze in Euro</b>	
13. <b>Zusätzliche Angaben</b>			
14. <b>Sichtvermerk der zuständigen Behörde</b>			
Datum: .....			
Unterschrift: ..... Stempel:			

15. <b>ABSCHREIBUNG</b> In Teil 1 der Spalte 17 ist die verfügbare, in Teil 2 die abgeschriebene Menge zu vermerken.			
16. <b>Nettomenge</b> (Rohmasse oder andere Maßeinheit mit Angabe der Einheit)		19. <b>Zollpapier</b> (Art und Nr.) <b>oder Teillizenz (Nr.) und Tag der Abschreibung</b>	20. <b>Bezeichnung, Mitgliedstaat, Stempel und Unterschrift der abschreibenden Behörde</b>
17. <b>In Zahlen</b>	18. <b>In Buchstaben nur für die abgeschriebene Menge</b>		
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			

Etwasiges Zusatzblatt hier fest verbinden.

**EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT — ÜBERWACHUNGSDOKUMENT**

<b>2</b>	<b>Exemplar für die zuständige Behörde</b>	1. <b>Inhaber</b> (Name, vollständige Anschrift, Land und Mehrwertsteuer- nummer)	2. <b>Ausstellungsnummer</b>	
		3. <b>Voraussichtlicher Einfuhrort und voraussichtliches Einfuhrdatum</b>		
		4. <b>Erteilende zuständige Behörde</b> (Name, Anschrift und Telefonnummer)		
	5. <b>Anmelder/Vertreter (gegebenenfalls)</b> (Name und vollständige Anschrift)	6. <b>Ursprungsland</b> (und Nomenklaturcode)		
		7. <b>Herkunftsland</b> (und Nomenklaturcode)		
		8. <b>Letzter Tag der Gültigkeit</b>		
	<b>2</b>	9. <b>Warenbezeichnung</b>		10. <b>KN-Code der Waren und Kategorie</b>
			11. <b>Menge in kg (Reingewicht) oder in weiteren Maßeinheiten</b>	
		12. <b>cif-Preis frei Gemeinschaftsgrenze in Euro</b>		
13. <b>Zusätzliche Angaben</b>				
14. <b>Sichtvermerk der zuständigen Behörde</b>				
<p>Datum: .....</p> <p>Unterschrift: ..... Stempel:</p>				

15. <b>ABSCHREIBUNG</b> In Teil 1 der Spalte 17 ist die verfügbare, in Teil 2 die abgeschriebene Menge zu vermerken.			
16. <b>Nettomenge</b> (Rohmasse oder andere Maßeinheit mit Angabe der Einheit)		19. <b>Zollpapier</b> (Art und Nr.) <b>oder Teillizenz (Nr.) und Tag der Abschreibung</b>	20. <b>Bezeichnung, Mitgliedstaat, Stempel und Unterschrift der abschreibenden Behörde</b>
17. <b>In Zahlen</b>	18. <b>In Buchstaben nur für die abgeschriebene Menge</b>		
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			
1.			
2.			

Etwasiges Zusatzblatt hier fest verbinden.

ANHANG III

In Artikel 1 Absatz 4 genanntes Ausfuhrdokument

1. <b>Ausführer</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>ORIGINAL</b>		2. <b>Nr.</b>	
	3. <b>Jahr</b>		4. <b>Erzeugnisgruppe</b>	
5. <b>Empfänger</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>AUSFUHRDOKUMENT</b> (EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse)			
	6. <b>Ursprungsland</b>		7. <b>Bestimmungsland</b>	
8. <b>Ort und Datum des Versands — Beförderungsmittel</b>	9. <b>Zusätzliche Angaben</b>			
10. <b>Warenbeschreibung und Hersteller</b>	11. <b>KN-Code</b>	12. <b>Menge</b> <sup>(1)</sup>	13. <b>fob-Wert</b> <sup>(2)</sup>	
	14. <b>BESTÄTIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE</b>			
15. <b>Zuständige Behörde</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	Ort und Datum: .....			
	(Unterschrift)		(Stempel)	

(<sup>1</sup>) Angabe des Eigengewichts (kg) bzw. der Menge in der angegebenen Maßeinheit, sofern es sich nicht um das Eigengewicht handelt.  
 (<sup>2</sup>) In der Währung des Kaufvertrags.





(<sup>1</sup>) Angabe des Eigengewichts (kg) bzw. der Menge in der angegebenen Maßeinheit, sofern es sich nicht um das Eigengewicht handelt.  
 (<sup>2</sup>) in der Währung des Kaufvertrags.

1. <b>Ausführer</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>KOPIE</b>		2. <b>Nr.</b>	
	3. <b>Jahr</b>		4. <b>Erzeugnisgruppe</b>	
5. <b>Empfänger</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	<b>AUSFUHRDOKUMENT</b> (EGKS- und EG-Stahlerzeugnisse)			
	6. <b>Ursprungsland</b>		7. <b>Bestimmungsland</b>	
8. <b>Ort und Datum des Versands — Beförderungsmittel</b>	9. <b>Zusätzliche Angaben</b>			
10. <b>Warenbeschreibung und Hersteller</b>	11. <b>KN-Code</b>	12. <b>Menge</b> ( <sup>1</sup> )	13. <b>fob-Wert</b> ( <sup>2</sup> )	
14. <b>BESTÄTIGUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE</b>				
15. <b>Zuständige Behörde</b> (Name, vollständige Anschrift, Land)	Ort und Datum: .....			
	(Unterschrift)		(Stempel)	

## ANHANG IV

## RUMÄNIEN

**Technische Vorschriften zur Durchführung des Systems der doppelten Kontrolle nach Artikel 1 Absatz 6**

1. Die Ausfuhrdokumente haben das Format 210 mm × 297 mm. Für die Vordrucke ist weißes, holzfreies, geleimtes Schreibpapier mit einem Quadratmetergewicht von mindestens 25 g zu verwenden. Wenn sie handschriftlich ausgefüllt werden, haben die Eintragungen mit Tinte und in Blockschrift zu erfolgen. Diesen Vordrucken können weitere Kopien beigelegt werden, die als solche ordnungsgemäß zu kennzeichnen sind. Im Fall mehrerer Kopien gilt nur das Deckblatt als Original. Dieses Deckblatt ist eindeutig als Original und die übrigen Kopien sind als Kopien zu kennzeichnen. Nur das Original wird von den zuständigen Behörden der Gemeinschaft für die Kontrolle der Ausfuhr in die Gemeinschaft gemäß den Bestimmungen des Systems der doppelten Kontrolle als gültig anerkannt.
  2. Jeder Vordruck trägt eine standardisierte Seriennummer, die aufgedruckt sein kann und die seine Identifizierung ermöglicht. Diese Nummer setzt sich wie folgt zusammen:
    - zwei Buchstaben zur Bezeichnung des Ausfuhrlands nach folgendem Code: RO;
    - zwei Buchstaben zur Bezeichnung des Mitgliedstaats, in dem die Zollabfertigung erfolgt, nach folgendem Code:
      - BE = Belgien
      - DK = Dänemark
      - DE = Deutschland
      - EL = Griechenland
      - ES = Spanien
      - FR = Frankreich
      - IE = Irland
      - IT = Italien
      - LU = Luxemburg
      - NL = Niederlande
      - AT = Österreich
      - PT = Portugal
      - FI = Finnland
      - SE = Schweden
      - GB = Vereinigtes Königreich;
    - eine einstellige Zahl zur Bezeichnung des Jahres, die der letzten Ziffer des betreffenden Jahres entspricht, Beispiel: 2 für 2002;
    - eine zweistellige Zahl von 01 bis 99 zur Bezeichnung der ausstellenden Behörde in dem Ausfuhrland;
    - eine fünfstellige Zahl, durchlaufend von 00001 bis 99999, die dem betreffenden Mitgliedstaat zugewiesen wird, in dem die Zollabfertigung erfolgt.
  3. Die Ausfuhrdokumente gelten sechs Monate ab dem Zeitpunkt ihrer Ausstellung. Ausfuhrdokumente können bis zum 31. Dezember des Kalenderjahres verlängert werden, das in Feld Nr. 3 des Ausfuhrdokuments angegeben ist.
  4. Da der Einführer das Original des Ausfuhrdokuments vorlegen muss, wenn er ein Einfuhrdokument beantragt, sollten die Ausfuhrdokumente so weit möglich für einzelne Handelsgeschäfte ausgestellt werden und nicht für Rahmenverträge.
  5. Rumänien braucht den Preis auf dem Ausfuhrdokument nicht anzugeben, wenn Geschäftsgeheimnisse geschützt werden müssen. In diesen Fällen sollte in Feld 9 des Ausfuhrdokuments der Grund dafür angegeben werden, warum der Preis nicht aufgeführt ist, mit dem Hinweis, dass er den zuständigen Behörden der Gemeinschaft auf Anfrage mitgeteilt werden kann.
  6. Die Ausfuhrdokumente können nach dem Versand der Waren, auf die sie sich beziehen, ausgestellt werden. In diesen Fällen müssen sie den Vermerk „nachträglich ausgestellt“ tragen.
  7. Bei Diebstahl, Verlust oder Zerstörung eines Ausfuhrdokuments kann der Ausfuhrer bei der zuständigen Regierungsbehörde, die das Dokument ausgestellt hat, ein Duplikat anhand der in seinem Besitz befindlichen Ausfuhrdokumente beantragen. Das Duplikat des Ausfuhrdokuments trägt den Vermerk „Duplikat“. Das Duplikat trägt das Datum des Originals des Ausfuhrdokuments.
  8. Die zuständigen Behörden der Gemeinschaft sind unverzüglich über die Rücknahme oder Änderung bereits ausgestellter Ausfuhrdokumente und gegebenenfalls über die Gründe für ein solches Vorgehen zu unterrichten.
-

## KOMMISSION

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 19. August 2002

**zur Festlegung der vorläufigen hektarbezogenen Mittelzuweisungen an die Mitgliedstaaten für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen im Wirtschaftsjahr 2002/03 nach der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates**

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2002) 3110)

(2002/666/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2585/2001 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 14,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 und der Verordnung (EG) Nr. 1227/2000 der Kommission vom 31. Mai 2000 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich des Produktionspotentials <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1342/2002 <sup>(4)</sup>, wurden die Regeln für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen festgelegt.
- (2) Nach den Durchführungsbestimmungen für die finanzielle Planung und die Beteiligung der Gemeinschaft an der Finanzierung der Umstrukturierungs- und Umstellungsmaßnahmen in der Verordnung (EG) Nr. 1227/2000 gelten Bezüge auf ein bestimmtes Haushaltsjahr als Bezüge auf die von den Mitgliedstaaten zwischen dem 16. Oktober eines Jahres und dem 15. Oktober des darauffolgenden Jahres tatsächlich getätigten Zahlungen.
- (3) Nach Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 legt die Kommission auf der Grundlage objektiver Kriterien unter Würdigung des Einzelfalls und des jeweiligen Bedarfs sowie des zur Erreichung des Ziels der Regelung zu leistenden Aufwands vorläufige jährliche Mittelzuweisungen an die Mitgliedstaaten fest.
- (4) Nach Artikel 14 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 orientiert sich die Aufteilung der Mittel auf

die Mitgliedstaaten an ihrem jeweiligen Anteil an der Gesamtrebfläche der Gemeinschaft.

- (5) Zur Anwendung von Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 muss die Mittelzuweisung für eine bestimmte Anzahl Hektar erfolgen.
- (6) Nach Artikel 13 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 wird in Gebieten, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds <sup>(5)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1447/2001 <sup>(6)</sup>, unter Ziel 1 eingestuft sind, ein höherer Gemeinschaftszuschuss zu den Umstrukturierungs- und Umstellungskosten gewährt.
- (7) Es muss der Ausgleich für den Einkommensverlust der Weinbauern während des Zeitraums berücksichtigt werden, in dem die Rebfläche noch keinen Ertrag abwirft.
- (8) Liegen die tatsächlichen Ausgaben eines Mitgliedstaats für ein bestimmtes Haushaltsjahr unter einer Schwelle von 75 % der vorläufigen Mittelzuweisungen, so werden nach Artikel 17 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1227/2000 die für das folgende Haushaltsjahr anzurechnenden Ausgaben und die entsprechende Gesamtfläche um ein Drittel der Differenz zwischen dieser Schwelle und den im betreffenden Haushaltsjahr getätigten tatsächlichen Ausgaben gekürzt. Im Wirtschaftsjahr 2002/03 findet diese Bestimmung auf Griechenland und Luxemburg Anwendung.
- (9) Nach Artikel 14 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 werden die vorläufigen Mittelzuweisungen auf der Grundlage der tatsächlichen Ausgaben und der revidierten Ausgabenprognosen der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung des Ziels der Regelung und entsprechend den verfügbaren Mitteln angepasst —

<sup>(1)</sup> ABL L 179 vom 14.7.1999, S. 1.<sup>(2)</sup> ABL L 345 vom 29.12.2001, S. 10.<sup>(3)</sup> ABL L 143 vom 16.6.2000, S. 1.<sup>(4)</sup> ABL L 196 vom 25.7.2002, S. 23.<sup>(5)</sup> ABL L 161 vom 26.6.1999, S. 1.<sup>(6)</sup> ABL L 198 vom 21.7.2001, S. 1.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die hektarbezogenen Mittelzuweisungen an die Mitgliedstaaten für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen nach der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999 im Wirtschaftsjahr 2002/03 sind im Anhang festgelegt.

*Artikel 2*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 19. August 2002

*Für die Kommission*  
Franz FISCHLER  
*Mitglied der Kommission*

ANHANG

**Hektarbezogene Mittelzuweisungen an die Mitgliedstaaten für die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen im Wirtschaftsjahr 2002/03 nach der Verordnung (EG) Nr. 1493/1999**

Mitgliedstaat	Fläche (ha)	Mittelzuweisung (EUR)
Deutschland	2 566	14 682 873
Griechenland	1 050	9 285 036
Spanien	28 817	157 285 185
Frankreich	13 000	95 000 000
Italien	17 516	123 935 139
Luxemburg	11	86 842
Österreich	1 532	10 565 980
Portugal	3 766	32 358 945
Insgesamt	68 258	443 200 000

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 13. August 2002

**zur Änderung der Entscheidung 2001/651/EG zur Festlegung der für den Herstellungsvorgang typischen Standardabweichung des Fettgehalts von Butter, die gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1374/98 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Milch und Milcherzeugnisse und zur Eröffnung der betreffenden Zollkontingente aus Neuseeland eingeführt wird, und zur Aufhebung der Entscheidung 2000/432/EG**

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2002) 3157)

(2002/667/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 509/2002 der Kommission <sup>(2)</sup>,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2535/2001 der Kommission vom 14. Dezember 2001 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 des Rates zur Einfuhrregelung für Milch und Milcherzeugnisse und zur Eröffnung der betreffenden Zollkontingente <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1165/2002 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 40 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 2535/2001 ist ein Verfahren zur Kontrolle des Fettgehalts von neuseeländischer Butter festgelegt, die im Rahmen der Regelung für den „üblichen Zugang“ gemäß Zollkontingent Nummer 09.4589 des Anhangs III Teil A derselben Verordnung in den freien Verkehr in der Gemeinschaft überführt werden soll. Dieses Verfahren beruht auf statistischen Grundsätzen. Ein wesentlicher Aspekt dieses Verfahrens ist die Verwendung einer für den Herstellungsvorgang typischen Standardabweichung des Fettgehalts der in einem bestimmten Betrieb nach einer bestimmten Erzeugnisspezifikation hergestellten Butter, die den Kontrollbehörden der Mitgliedstaaten, in denen die Zollanmeldung zur Überführung in den freien Verkehr in der Gemeinschaft vorgelegt wird, im Voraus bekannt ist. Die Herstellungsbetriebe und die entsprechenden typischen Standardabweichungen sind in der

Entscheidung 2001/651/EG der Kommission <sup>(5)</sup> aufgeführt.

- (2) Das neuseeländische Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MAF Food) hat der Kommission mit Schreiben vom 5. Juli 2002 neue Namen zugelassener Herstellungsbetriebe und in einigen Fällen neue Zulassungsnummern der Betriebe übermittelt. Der Anhang der Entscheidung 2001/651/EG ist daher zu ändern —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

### Artikel 1

Der Anhang der Entscheidung 2001/651/EG wird durch den Anhang dieser Entscheidung ersetzt.

### Artikel 2

Diese Entscheidung gilt für Einfuhren von Butter, für die ab dem dritten Tag nach der Veröffentlichung dieser Entscheidung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Bescheinigungen IMA 1 ausgestellt werden.

### Artikel 3

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 13. August 2002

Für die Kommission

J. M. SILVA RODRÍGUEZ

Generaldirektor für Landwirtschaft

<sup>(1)</sup> ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 48.

<sup>(2)</sup> ABl. L 79 vom 22.3.2002, S. 15.

<sup>(3)</sup> ABl. L 341 vom 22.12.2001, S. 29.

<sup>(4)</sup> ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 49.

<sup>(5)</sup> ABl. L 229 vom 25.8.2001, S. 24.

## ANHANG

**Für Herstellungsvorgänge typische Standardabweichungen des Fettgehalts von in Neuseeland hergestellter Butter, die im Rahmen der Regelung für den „üblichen Zugang“ gemäß Zollkontingent Nummer 09.4589 des Anhangs III Teil A der Verordnung (EG) Nr. 2535/2001 in den freien Verkehr der Gemeinschaft überführt werden soll**

Name des Herstellungsbetriebs	Zulassungsnummer des Betriebs	Nummer der Spezifikation	Für den Herstellungsvorgang typische Standardabweichung
1	2	3	4
NZMP Ltd Whangarei	7172	0905	0,160
NZMP Ltd Te Awamutu	5572	0081 0084	0,175 0,173
NZMP Ltd Takaka	4672	0081 0084	0,172 0,172
Westland Cooperative Dairy Co. Ltd	143	0081 0084	0,170 0,170
NZMP Ltd Hawera	4772	0081 0084	0,175 0,175